

# **Freiheit und Eigenverantwortung statt Abhängigkeit und Korruption**



**Positionspapier der Schweizerischen Volkspartei  
zur Entwicklungshilfe**

Februar 2008

**„Entwicklungshilfe besteht darin, dass Geld armer Menschen in reichen Ländern an reiche Menschen in armen Ländern zu transferieren.“**

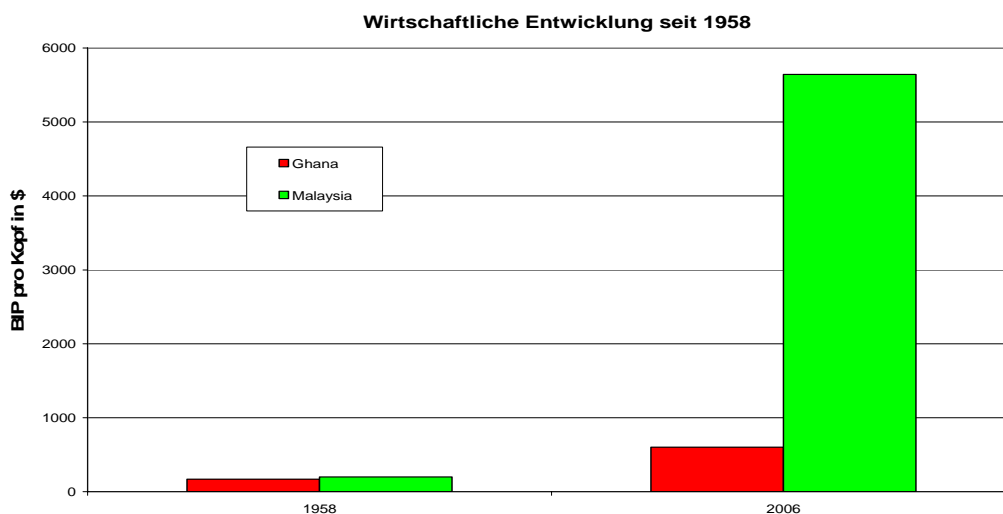
Peter Thomas Bauer

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>3</b>
<b>2. Ausgangslage .....</b>	<b>5</b>
2.1. Lagebeurteilung der westlichen Entwicklungshilfe .....	5
2.1.1. Entstehungsgeschichte der Planung von „Entwicklung“ .....	5
2.1.2. Grundsatzüberlegungen zur Wirkung von Entwicklungshilfe .....	6
2.1.3. Wann beginnt die Ära der Eigenverantwortung? .....	9
2.2. Die Schweizer Entwicklungshilfe .....	11
2.2.1. Geschichte der schweizerischen Entwicklungshilfe und der DEZA .....	11
2.2.2. Beteiligte Akteure.....	12
2.2.3. Berechnung und Zusammensetzung der öffentlichen Entwicklungshilfe .....	13
<b>3. Probleme und fragwürdige Entwicklungen in der Schweizer Entwicklungshilfe ....</b>	<b>16</b>
3.1. Strukturelle Probleme .....	16
3.1.1. Intransparenz und mangelnde Lesbarkeit .....	16
3.1.2. Mangelnde Gesamtstrategie.....	15
3.1.3. Mangelnde Prioritätensetzung.....	17
3.1.4. Doppelspurigkeiten durch zu viele Akteure .....	18
3.1.5. Inakzeptable Politik der Departementsvorsteherin .....	17
3.2. Finanzielle Überlegungen .....	20
3.2.1. Entwicklung der Finanzflüsse .....	20
3.2.2. Versickern der Gelder in der multilateralen Hilfe .....	21
3.2.3. Die Problematik der Entschuldung .....	21
3.2.4. Verlagerung auf private Hilfe .....	22
3.3. Beispiele schlechter oder umstrittener Projekte .....	23
<b>4. Die Forderungen der SVP .....</b>	<b>26</b>
4.1. Einheitliche Strategie der staatlichen Entwicklungshilfe.....	26
4.2. Entwicklungshilfe muss an Schweizer Interessen gebunden werde .....	26
4.3. Punktuelle humanitäre Hilfeleistungen .....	27
4.4. Transparenz über Leistungen der DEZA .....	26
4.5. Transparenz über Interessenbindungen .....	27
4.6. Verlagerung auf private Hilfe und faire Handelsbeziehungen .....	28
4.7. Verzicht auf staatliche Projektarbeit.....	28
4.8. Verlagerung auf Rückkehrhilfe.....	29
4.9. Keine überflüssige multilaterale Entwicklungshilfe mehr .....	29
4.10. Keine korruptionsfördernde Geldzahlungen mehr .....	29

## 1. Einleitung

**Nach über vierzig Jahren Entwicklungshilfe und „Investitionen“ von etwa einer Billion US-Dollar, wovon etwa zwei Drittel nach Afrika floss, geht es den meisten Entwicklungsländern vor allem in Afrika im Durchschnitt wirtschaftlich meist schlechter als zur Kolonialzeit.** Vor vierzig Jahren waren die meisten afrikanischen Länder reicher als etliche asiatische und hatten dank ihrer immensen Rohstoffe eigentlich auch die besseren Chancen. Die beiden ehemaligen britischen Kolonien Malaysia und Ghana erlangten beide 1957 ihre Unabhängigkeit mit etwa der gleichen wirtschaftlichen Ausgangslage. Während der malaysische Staat gute Rahmenbedingungen für ausländische Investoren und wirtschaftsfreundliche Gesetze schuf, fehlte der ghanaischen Regierung ein vernünftiges Konzept zur Entwicklung des Privatsektors. Der Ressourcenreichtum erwies sich im Nachhinein als Nachteil (Ressourcenfluch). Mit staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft wurde den ghanaischen Unternehmen das Leben schwer gemacht und die Korruption gefördert, nicht zuletzt in Zusammenhang mit der Entwicklungshilfe. Heute ist das Bruttoinlandprodukt pro Kopf von Malaysia fast zehnmal höher als jenes von Ghana.



Alles Mögliche hat man versucht, um in Afrika Wachstum und Wohlstand zu fördern. Riesige Summen wurden für sinnlose oder kontraproduktive Projekte weltweit ausgegeben. Die grössten Verschwender sind Weltbank, UNO und EU. Bei diesen grossen Organisationen geht es primär um die Erfüllung sich selber auferlegter Normen, Erfolgskriterien werden kaum gesetzt, und eine Kontrolle über die gesprochenen Gelder gibt es praktisch nicht. Die Entwicklungshilfeindustrie ist gar nicht an einer Verbesserung der Situation interessiert, denn niemand möchte sich selber die Arbeit entziehen. Damit hat sich der Entwicklungshilfeapparat zu einem Perpetuum Mobile für Entwicklungshilfefunktionäre entwickelt.

Ein Grossteil der Mittel ist nicht nur verschwendet, sondern auch schädlich, weil damit nicht selten verbrecherische Regimes und Korruption unterstützt und jegliche Entwicklung zum vornherein durch Lähmung der Eigeninitiative unterbunden worden sind. Während die Bevölkerung vor Hunger stirbt, können sich Regierende dank Entwicklungsgeldern ein Leben in Saus und Braus leisten.<sup>1</sup> Damit hat die Entwicklungshilfe fatale Irrwege eingeschlagen, Fehlleistungen produziert und war zudem Auslöser oder Anlass von 25 bewaffneten Konflikten allein zwischen 1990 und 2005. **Zukünftig dürfen keine weiteren Entwicklungshilfegelder in Staatsverwaltungen und korrupte Regimes fliessen.**

<sup>1</sup> Allein 2005 wuchsen die Kapitalvermögen afrikanischer Millionäre um 51 Milliarden Dollar. In Afrika verfügen 75'000 Millionäre über ein Kapital von rund 700 Mrd. US-Dollar. Siehe dazu: Curt Gasteyger, Schatten über Afrika, in: Finanz und Wirtschaft, 13. Februar 2008.

Die wirtschaftlichen Abhängigkeiten wurden nicht verringert, sondern sind heute oft noch stärker als zur Kolonialzeit. Anscheinend fehlt den Entwicklungshelfern der Glaube, dass es die so genannten „Entwicklungsländer“ selber schaffen. **Mit diesem Mangel an Achtung und Vertrauen in die Stärken dieser Länder sowie der Einmischung in deren Angelegenheiten muss endlich Schluss sein!**

In jedem Land gibt es ärmere Regionen – auch in Europa, auch in der Schweiz. **Wir müssen endlich erkennen, dass der Kampf gegen Armut und Elend primär Aufgabe der jeweiligen Regierungen ist.** Wenn diese ihre Mittel lieber in Luxuslimousinen, Privatjets und nutzlose Gipfeltreffen und Konferenzen ausgeben, dann verdienen sie unsere Hilfe nicht. Wieso soll sich die Schweizer Regierung mehr um das Wohlergehen der Afrikaner kümmern als die afrikanischen Regierungen selbst?

Soll sich Afrika endlich vom Fleck bewegen, muss es nicht nur auf dem Schwarzen Kontinent zu einem **radikalen Umdenken** kommen, sondern auch in den westlichen Hauptstädten und vor allem in den Zentralen gewisser Hilfswerke. Die heutigen Vorgehensweisen schalten den Wettbewerb aus und sind ein Verstoss gegen die ökonomische und humanitäre Vernunft. Die Stimmen aus Afrika, die sich gegen die unheilvolle Hilfe richten, werden immer lauter. Die Lösung heisst nicht Entwicklungshilfe und Aufbau weiterer Abhängigkeiten, sondern Rechtssicherheit sowie **mehr wirtschaftliche und politische Freiheit, Eigenverantwortung und Besteuerung der Besitzenden.** Ein funktionierendes, gerechtes Steuersystem ist für die Stabilität und Prosperität eines Landes entscheidend und eine Garantie für Unabhängigkeit und Demokratie.<sup>2</sup>

Dieses Umdenken soll endlich von der schweizerischen Entwicklungshilfe gefördert werden. Hierfür bedarf es einer gründlichen Reform des aufgeblähten und unübersichtlichen Entwicklungsapparates, einer neuen Gesamtstrategie und einer grundlegenden Hinterfragung der staatlichen Entwicklungsleistungen. Die heute vorherrschenden Zustände in der DEZA sind unhaltbar und rufen nach einer sofortigen Umstrukturierung, welche gerade im Hinblick auf die im Jahr 2008 anstehenden personellen Wechsel vollzogen werden müssen. Damit können auch die eingesetzten Mittel dank Prioritätensetzung und Effizienzsteigerung deutlich reduziert werden.



**Es ist an der Zeit, dass auch in der Entwicklungspolitik die erfolgreichen Schweizer Grundsätze des Wettbewerbs, der Unabhängigkeit, der Eigenverantwortung und der Eigenstaatlichkeit zur Anwendung kommen.**

<sup>2</sup> Vgl. Johannes Kunz, Von Steuern, Entwicklung und Demokratie in Afrika, in: NZZ, 15. März 2007.

## 2. Ausgangslage

### 2.1. Lagebeurteilung der westlichen Entwicklungshilfe

#### 2.1.1. Entstehungsgeschichte der Planung von „Entwicklung“

Die grossen utopischen Pläne, welche die Welt verbessern sollten und schliesslich in Entwicklungshilfe und militärische Interventionen mündeten, kamen **bereits im 18. Jahrhundert** auf. In vielen Berichten wird der scharfe Bruch weg vom Kolonialismus und hin zu Entwicklungshilfe und wohlwollenden militärischen Interventionen betont. Natürlich haben sich die Einstellungen und die Politik des Westens massgeblich verändert. Doch von Anfang an zählten die Interessen der Armen im Vergleich zur Eitelkeit der Reichen wenig. Was zählte war das Wunschenken des Westens, dass „**wir“ die Auserwählten seien, die den Rest der Welt retten müssen**. Die Aufklärung betrachtete die aussereuropäische Welt als unbeschriebenes Blatt, ohne bedeutsame Geschichte oder eigene Institutionen, das der Westen mit seinen überlegenen Idealen beschriften konnte.<sup>3</sup> Die Unterzeichner der Berliner Konferenz von 1885, welche Afrika unter den europäischen Kolonialmächten aufteilte, sollten „auf die Unterweisung der Einheimischen hinarbeiten und ihnen den Segen der Zivilisation nahe bringen“.<sup>4</sup>

Die nach dem Ersten Weltkrieg verabschiedete Satzung des Völkerbundes versprach den „Völkern, [...] die noch nicht imstande sind, sich [...] selbst zu leiten“, dass „das Wohlergehen und die Entwicklung dieser Völker [...] eine heilige Aufgabe der Zivilisation“ bilden. Daher ist „der beste Weg [...] die Übertragung der Vormundschaft über diese Völker an die fortgeschrittenen Nationen“.<sup>5</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich die Sprache: Mit dem Gerede von Überlegenheit einer Rasse, der Vormundschaft über rückständige Völker und der Unfähigkeit von Menschen, sich selbst zu regieren, war nun Schluss. Selbstregierung und Dekolonisierung wurden universelle Prinzipien. „Der Westen münzte den alten Rassismus in eine neue Währung um: aus unzivilisiert wurde unterentwickelt, aus den Wilden wurde die Dritte Welt.“<sup>6</sup> Der Gesinnungswandel vom Rassismus zur Achtung der Gleichheit war zwar authentisch, doch er behielt einen bevormundenden und zwanghaften Zug. Auf jeden Fall hatte das **Streben des Westens nach Umgestaltung der übrigen Welt damit einen neuen Namen: Entwicklungshilfe**.

US-Präsident Harry S. Truman prägte in der Inaugurationsrede zu seiner zweiten Amtszeit am 20. Januar 1949 den Begriff der „Entwicklungsländer“:

„Wir müssen ein kühnes Programm anpacken, um [...] unterentwickelten Regionen Verbesserungen und Wachstum zu bringen. [...] Zum ersten Mal in der Geschichte verfügt die Menschheit über das Wissen und die Fähigkeiten, die Leiden dieser Menschen zu lindern.“

Vergangene Versuche der **Verwestlichung** wurden dabei gerne ignoriert. Die Aussenpolitik und die Entwicklungshilfe waren fortan dazu da, jene Länder zu unterstützen, die im Kalten Krieg als Bündnispartner zu gewinnen waren. Dies prägte auch die Entwicklungspolitik der Sechziger Jahre. Der Westen wollte die übrige Welt davon überzeugen, dass materieller Wohlstand in Freiheit leichter zu erreichen sei als in einem kommunistischen System. Die USA startete Anfang der Sechziger Jahre mit der Entwicklungshilfe als einem Instrument der Sicherheitspolitik. Diese beruhte auf der Philosophie, dass den Entwicklungsländern gar

<sup>3</sup> William Easterly, *Wir retten die Welt zu Tode*, 2006, S. 32.

<sup>4</sup> Niall Ferguson, *Empire: The Rise and Demise of the British World Order and the Lessons from Global Power*, 2003, S. 236.

<sup>5</sup> Gilbert Rist, *The History of Development: From Western Origins to Global Faith*, 1997, S. 60.

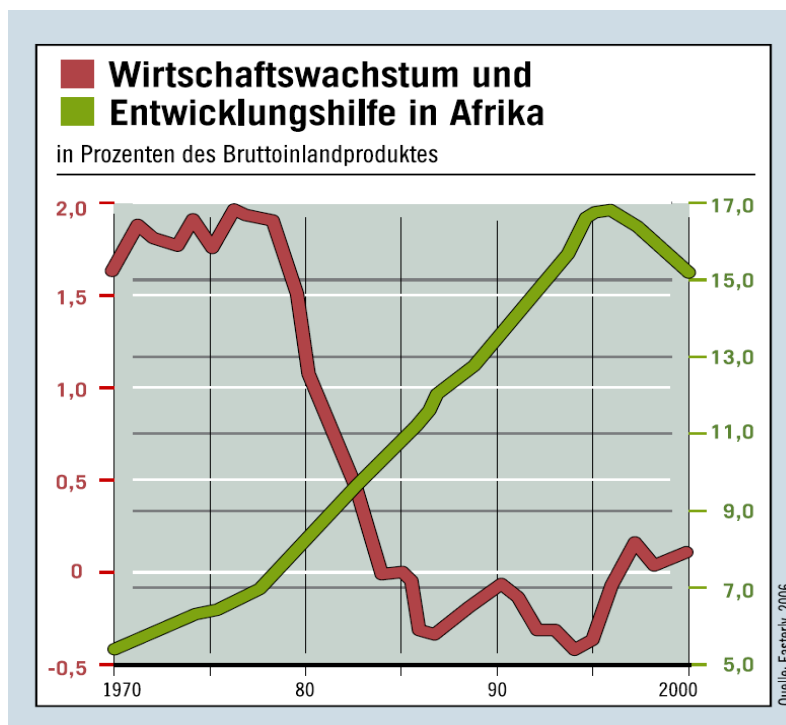
<sup>6</sup> William Easterly, S. 34.

nichts anderes übrig bleibe, als durch rasche Industrialisierung die Industrieländer einzuholen.

Der Kalte Krieg sollte die westlichen Aktivitäten jahrzehntelang prägen und in diesem Rahmen wurde eine ganze Buchstabensuppe von Hilfsorganisationen ins Leben gerufen: der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die United States Agency for International Development (USAID), das britische Department for International Development, die Entwicklungsprogramme der Vereinten Nationen (UNDP), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), das UN-Kinderhilfswerk (UNICEF) und neben vielen weiteren der schweizerische Dienst für technische Zusammenarbeit (Vorgänger der DEZA).

### 2.1.2. Grundsatzüberlegungen zur Wirkung von Entwicklungshilfe

Im Rahmen der Millenniumsziele hat sich die UNO viel vorgenommen. Bis ins Jahr 2015 soll die Zahl der Menschen, die weniger als einen Dollar pro Tag verdienen, halbiert werden. Erreichen lässt sich dies anscheinend ganz einfach, indem die Industrieländer zusätzliches Geld in die Entwicklungsländer pumpen. Sie sollen ihre Entwicklungshilfequoten bis 2015 auf 0,7 % des Bruttoinlandproduktes erhöhen, was in der Schweiz etwa zu einer Verdoppelung führen würde. **Hinter dieser Forderung steckt die Vorstellung, dass Entwicklungshilfe wie ein Automat funktioniert. Je mehr Geld man einwirft, desto mehr erhöht sich der allgemeine Wohlstand in den Entwicklungsländern.** Leider sieht die Realität anders aus: „Jenen Ländern, welche die meiste Entwicklungshilfe kassiert haben, geht es am schlechtesten.“<sup>7</sup> **Seit 1970 wurde das Wirtschaftswachstum tendenziell umso schlechter, je mehr Entwicklungshilfegelder gesprochen wurden**<sup>8</sup>.



<sup>7</sup> James Shikwati (Kenianischer Wirtschaftsexperte), Streicht diese Hilfe, in: Der Spiegel, Nr. 27 (2005).

<sup>8</sup> Mehr dazu in William Easterly, 2006.

Am längsten Entwicklungshilfe erhält Haiti. Dass aus der ehemals reichen französischen Kolonie heute das ärmste Land der westlichen Hemisphäre geworden ist, sollte Grund genug sein, von der Automatenvorstellung wegzukommen. Trotzdem wird unbeirrt daran festgehalten, und das nicht nur von der UNO, sondern auch vom EDA, der DEZA, den Hilfswerken und vielen anderen Schweizer Gutmenschenorganisationen.

**Mehr Entwicklungshilfegelder bedeutet in der Praxis meist nur mehr Bürokratie und Korruption, und davon haben die Entwicklungsländer bei Weitem genug.<sup>9</sup> Es gilt nach wie vor das, was der britische Entwicklungsökonom Peter Thomas Bauer schon vor Jahren formuliert hat: „Entwicklungshilfe besteht darin, das Geld armer Menschen in reichen Ländern an reiche Menschen in armen Ländern zu transferieren.“<sup>10</sup>**



Glücklicherweise wird das Korruptionsproblem in letzter Zeit auch von der DEZA ernster genommen. „Schätzungen zufolge sind 1000 Milliarden Dollar Korruptionsfelder im Umlauf.“<sup>11</sup> Zahlreiche weitere Studien belegen, dass sich die Hilfswerke negativ auf Qualität des Regierungshandelns auswirken<sup>12</sup> und die hohen Hilfsleistungen von 1960-1999 die Demokratieentwicklung zurückwarfen.<sup>13</sup>

Auch *economiesuisse* spricht sich gegen den von UNO-Kreisen propagierten „inputorientierten Entwicklungsansatz“ aus. Sie setzt auf eine „wirkungsbezogene Entwicklungshilfe“. „Dies aus der Erkenntnis, dass es letztlich weniger auf den Input als auf den Output ankommt.“

<sup>9</sup> Die Entwicklungshilfe belastet die ohnehin überforderte Bürokratie der Entwicklungsländer und hält sie von ihrer Arbeit ab. Wenn jedes Geberland und jede NGO ihre Projekte in einem Land überprüft und dabei auf die Präsenz eines Ministers drängt, macht dieser sehr rasch nichts anderes mehr als Geberhände zu schütteln, da man Geber ja nicht enttäuschen will. Entwicklungshilfe trägt damit nicht nur zur Korruption, sondern zum Scheitern der Staaten bei.

<sup>10</sup> Zitiert in: Mathias Binswanger, Lasst uns mit den Schlimmsten rechnen, in: Weltwoche 46/05.

<sup>11</sup> Remo Gautschi, stv. Direktor der DEZA in: Wir fördern Transparenz, St. Galler Tagblatt, 7. Februar 2007.

<sup>12</sup> Stephen Knack, Aid Dependence and the Quality of Governance: Cross-Country Empirical Tests, Southern Economic Journal 68, Nr. 2 (2004), S. 310-329.

<sup>13</sup> Simeon Djankov, Jose G. Montalvo, Marta Reynal-Querol, The Curse of Aid, World Bank Mimeo-graph, April 2005.



Wenige offizielle Äusserungen sind jedoch so deutlich wie diejenige der aussenpolitischen Kommission des kanadischen Senats: „Wir sprechen in dem Bericht über das massive Versagen der Entwicklungshilfe in Afrika.“<sup>14</sup> Nun steht die kanadische Entwicklungshilfe nicht im Ruf, besonders erfolglos zu sein, nur sind kanadische Abgeordnete offenbar selbstkritischer als viele ihrer Kollegen in den Parlamenten industrialisierter Länder, in denen die Armutsbekämpfung aus welchen Gründen auch immer kaum hinterfragt wird.

**Erstaunlicherweise stammen aber die heftigsten Entwicklungshilfekritiker aus den Entwicklungsländern selber.** Beispiele hiervon gibt es etliche. Eine kurze Auflistung soll einen Einblick in deren Argumentation bieten:

**Ken Bugul, Senegal:** „Keine Entwicklungshilfe ist denen zugute gekommen, die sie nötig gehabt hätten, der Bevölkerung nämlich. Sie wird unterschlagen, von politischen Führern und ihren Strohmännern. [...] All die Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen und der UNO-Institutionen sind nur Tropfen auf den heissen Stein, Gifftropfen, die die Länder bloss noch tiefer in die Armut treiben. [...] Weder die Entwicklungshilfe noch der Erlass von Schulden und Schuldzinsen werden die betroffenen Völker den Fängen der Armut entreissen.“<sup>15</sup>

**Themba Sono, Südafrika:** „Was bedeutet Hilfe denn wirklich für Afrika? Man könnte genauso gut das ganze Geld in ein Schwarzes Loch schaufeln. In Wahrheit ist Hilfe das Letzte, was Afrika braucht. [...] Mehr Hilfe verstärkt allenfalls das Chaos. Die afrikanischen Länder haben bisher stets die Politik der Sammelbüchse betrieben und immer nur gebettelt: mehr Hilfe, mehr Hilfe, mehr Hilfe. [...] Wenn schon Hilfe, dann solche, die an Bedingungen geknüpft ist und die eine Kultur fördert, damit die Afrikaner endlich auf eigene Rechnung Handel treiben können.“<sup>16</sup>

**James Shikwati, Kenia:** „Wenn die Industrienationen den Afrikanern wirklich helfen wollen, sollten sie endlich diese furchtbare Hilfe streichen. [...] Es werden riesige Bürokratien finanziert, Korruption und Selbstgefälligkeit gefördert, Afrikaner zu Bettlern erzogen und zur Unselbstständigkeit. Zudem schwächt die Entwicklungshilfe überall die lokalen Märkte und den Unternehmergeist, den wir so dringend brauchen. Sie ist einer der Gründe für Afrikas Probleme, so absurd das klingen mag. Wenn sie abgeschafft würde, bekäme das der kleine Mann gar nicht mit. Nur die Funktionäre wären schockiert. Darum behaupten sie, die Welt ginge unter ohne diese Entwicklungshilfe. [...] Aber glauben Sie mir: Afrika hat es schon vor den Europäern gegeben. Und es ging uns gar nicht so schlecht. [...] Wir müssen aufhören, uns als Almosenempfänger zu empfinden. Afrikaner sehen sich mittlerweile selbst nur noch als Opfer. [...] Derzeit ist Afrika wie ein Kind, das immer gleich nach seinem Babysitter schreit, wenn etwas schief geht. Afrika sollte auf eigenen Füssen stehen.“<sup>17</sup>

**Andrew Mwenda, Uganda:** „Entwicklungshilfe ist eines der wichtigsten Mittel, mit denen sich die korrupten Regime in Afrika an der Macht halten. [...] Bei jedem finanziellen Engpass wenden sie sich an den Westen und betteln um Geld. So müssen sie keine Lösungen im eigenen Land suchen. Die Entwicklungshilfe schafft falsche Anreize. [...] Wir brauchen keine Entwicklungshelfer, wir brauchen Unternehmer. [...] Kapital ist ein Produkt des Entwicklungsprozesses und nicht seine Ursache.“<sup>18</sup>

**Hernando de Soto, Peru:** „Wären die Entwicklungsländer, mit wenigen Ausnahmen, sich selbst überlassen worden, hätten sie mit der Zeit selber herausgefunden, dass ihr jeweiliges Rechts- und Wirtschaftssystem nicht funktioniert. Wie die Chinesen, die nach 28 Jahren merkten, dass die Planwirtschaft nicht funktioniert. Dazu hatten sie keine Ratschläge aus dem Westen nötig. [...] Die Lösung kommt nie von aussen. [...] Es ist pure Arroganz, wenn jemand glaubt, er könne im Arbeitszimmer einer amerikanischen Universität eine Lösung für die Dritte Welt ausbrüten.“<sup>19</sup>

<sup>14</sup> The Standing Senate Committee on Foreign Affairs and International Trade, *Overcoming 40 Years of Failure: A New Road Map for Sub-Saharan Africa*, The Senate, Ottawa, Februar 2007; S. XXI.  
[www.senate-senat.ca/foraffetrang.asp](http://www.senate-senat.ca/foraffetrang.asp).

<sup>15</sup> Ken Bugul, *Entwicklungshilfe, wie bitte?*, in: *Eine Welt*, DEZA-Magazin, Nr. 4 (2005).

<sup>16</sup> Themba Sono, *Sammelbüchse der Welt*, in: *Der Spiegel*, Nr. 43 (2005).

<sup>17</sup> James Shikwati, *Streich diese Hilfe*, in: *Der Spiegel*, Nr. 27 (2005).

<sup>18</sup> Andrew Mwenda, *Hört bitte auf uns zu helfen!*, in: *Aargauer Zeitung*, 9. 12. 2006.

<sup>19</sup> Daniel Ammann und Thomas J. Mueller, *Der Mann, der heilige Kühe in Goldesel verwandeln kann*, in: *Weltwoche* 37/05.

**June Arunga, Kenia:** „Entwicklungshilfe ist u.a. die Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln und gleicht oft einem Komplott arroganter Europäer mit den korrupten Ministerien, welche Afrika als Reservat für Wildtiere und als pittoreske „Negerkulisse“ urtümlich einfacher „Wilder“ bewahren wollen. [...] Die afrikanische Frau muss offenbar das sein, was sich die rot-grünen Entwicklungshelfer und -helferinnen und die Touristikunternehmen unter einer afrikanischen Frau vorstellen: solidarisch, naturverbunden, traditionsbewusst, urtümlich, sozialistisch. Tatsächlich ist sie oft eine begabte, raffinierte und ziemlich konsequente Kapitalistin, welche das Tauschprinzip fast instinktiv beherrscht und täglich anwendet.“<sup>20</sup>

**Aminata Traoré, Mali:** „Die Wirtschaftspolitik, die ihr unter euch für uns in der G8, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beschliesst, erzeugt bei uns nur Armut, Hass und Intoleranz. Die wirtschaftlichen und finanziellen Mittel, die ihr uns zur Überwindung des Rassismus und des Fremdenhasses zur Verfügung stellt, tragen paradoxerweise zur Verarmung unserer Länder bei.“<sup>21</sup>

Die in den letzten 40 Jahren praktizierte Entwicklungshilfe zementiert die Welt der zwei Ebenen: Hier die Almosengeber – dort die Bettler. Man kann sogar behaupten, dass diesem Vorgehen ein **latenter Rassismus zu Grunde liegt**: offensichtlich glauben wir nicht, dass es die Empfängerländer selbst schaffen könnten.

Die Verantwortung für ihr Schicksal liegt aber nicht bei uns, sondern bei ihnen. Unsere Pflicht ist es, sie fair zu behandeln. Solange wir sie als zur Eigenverantwortung unfähig betrachten und behandeln, stehen die Chancen auf ein würdiges Neben- und Miteinander schlecht.<sup>22</sup>

### 2.1.3. Wann beginnt die Ära der Eigenverantwortung?

Wie oben geschildert folgte dem Zeitalter des Kolonialismus eine Ära der von aussen aufgezungenen und meist völlig erfolglosen Planung von Entwicklung. Die Vorstellung, mit genügend Geld und ausgeklügelten Programmen könnte eine erfolgreiche Entwicklung der ärmsten Länder erreicht werden, prägte die Entwicklungspolitik der letzten 50 Jahre. Die Bewohner der betroffenen Länder wurden dabei kaum gefragt, ob sie überhaupt die westlichen Standards und Lebensweisen annehmen möchten. Man ging davon aus, dass Individualismus und Reichtum die Wunschvorstellung aller sein müsse, und begann mit dem Projekt Gleichschaltung. Diese **sozialistische Gleichschaltungsmentalität** setzte sich im Entwicklungshilfe-Zeitalter durch. Die wachstums- und wirtschaftsfeindlichen Hilfsorganisationen sind so sehr auf soziale Hilfe konzentriert, dass sie erfolgsorientierte Massnahmen torpedieren. Effektiver als die oft kontraproduktive Entwicklungshilfe wären handelspolitische Massnahmen wie beispielsweise gezielte Einfuhrerleichterungen oder wirtschaftliche Investitionen.

Die ehemaligen Fürsten und Könige Europas waren nicht wohlwollender als Afrikas heutige Politiker. Vielmehr waren sie dank dem zwischenstaatlichen Wettbewerb zum Fortschritt gezwungen. Wer überholte Wirtschaftsmodelle verfolgte, ging unter. Diese Art von Systemwettbewerb fehlt in Afrika fast vollständig. Für afrikanische Länder lohnt es sich, arm zu bleiben und sich für die Entwicklungshelfer attraktiv zu machen, statt durch gute Regierungsführung ausländische Investoren anzuziehen. Somit unterläuft die Entwicklungshilfe den ohnehin nicht ausgeprägten Systemwettbewerb in Afrika und trägt dazu bei, Korruption und Misswirtschaft zu perpetuieren. Sie zementiert entwicklungshemmende Strukturen in Staat und Gesellschaft. Warum soll das erfolgreiche Modell des Liberalismus und des Systemwettbewerbs nicht auch in Entwicklungsländern zum Ziel führen?

<sup>20</sup> June Arunga, The Devil's Footpath, ausgestrahlt von BBC 3 (UK), Februar 2004. Zitiert in: Robert Nef, June Arunga und die sogenannte „Entwicklungszusammenarbeit“, Liberales Institut, Zürich.

<sup>21</sup> Aminata Traoré, Lettre au Président des Français à propos de la Côte d'Ivoire et de l'Afrique en général, Paris, Fayard, 2005, S.19.

<sup>22</sup> Mehr dazu: Patrik Etschmayer, Schafft die Entwicklungshilfe ab!, in: nachrichten.ch, 7.10.2005 <http://www.nachrichten.ch/kolumne/223566.htm> .

Entwicklungshelfer sollten sich darauf konzentrieren, ihr Know-how auf Anfrage zur Verfügung zu stellen und den heute weitgehend machtlosen Unternehmern, unter ihnen die Kleinbauern, zu mehr politischer Durchschlagskraft und zu besseren Handelsmöglichkeiten zu verhelfen. Und vor allem sollten sie alles vermeiden, was den zwischenstaatlichen Wettbewerb um Kapital behindert.

**Es ist an der Zeit, dass auch Entwicklungsländer die Chance der Eigenverantwortung und der wirtschaftlichen Eigenständigkeit erhalten und diese ergreifen. Wir müssen endlich den Mut aufbringen, Afrika auf seine Verantwortung für seine eigene Stabilität und Glaubwürdigkeit hinzuweisen.**

## 2.2. Die Schweizer Entwicklungshilfe

### 2.2.1. Geschichte der schweizerischen Entwicklungshilfe und der DEZA

Wie in den meisten westlichen Ländern setzte die Entwicklungshilfe auch in der Schweiz vorwiegend nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Ein Jahrzehnt lang lagen die wenig koordinierten Aktivitäten in den Händen privater Hilfsorganisationen und des Bundes. Die „Botschaft über die Mitwirkung der Eidgenossenschaft am technischen Hilfsprogramm der Vereinten Nationen“ vom Februar 1951, verbunden mit einem Beitrag in der Höhe von 1 Mio. CHF, war die erste offizielle Handlung des Bundes in Sachen Entwicklungshilfe. Mitte der 50er Jahre weiteten bestimmte Organisationen wie das Hilfswerk für Evangelische Kirchen der Schweiz (Heks) ihr Tätigkeitsfeld auf die so genannte Dritte Welt aus: 1955 wurde das Schweizer Hilfswerk für aussereuropäische Gebiete (SHAG; ab 1965 Helvetas) gegründet. **Zur Rechtfertigung des Engagements wurden moralische Argumente, aber auch wirtschaftliche Gründe angeführt.**

In den frühen 60er Jahren manifestierte sich ein Umschwung. **1961 wurde der Dienst für technische Zusammenarbeit gegründet und das Amt eines Delegierten des Bundesrates für technische Zusammenarbeit geschaffen.** Der Dienst wurde dem Eidgenössischen Politischen Departement (dem heutigen EDA) unterstellt und arbeitete mit der Handelsabteilung, bzw. ab 1968 mit dem Bundesamt für Aussenwirtschaft (Bawi, heute integriert im seco) zusammen. Der Bundesrat bezog jetzt die Aktivitäten der privaten Hilfswerke in seine Politik ein. **Damals (wie heute leider auch noch oft) herrschte die Meinung vor, dass es den Entwicklungsländern vor allem an Kapital fehle.** Aus der Schweizer Privatwirtschaft flossen im Jahr 1960 schätzungsweise 1'600 Mio. CHF als Entwicklungsbeitrag in die Dritte Welt. 1967 kam mit der multilateralen finanziellen Unterstützung ein weiterer Bereich dazu, der stetig an Bedeutung gewann. Die Schweiz trat der Asiatischen Entwicklungsbank bei und leistete einen Beitrag von 52 Mio. CHF an die Internationale Entwicklungsorganisation IDA. Zwischen 1960 und 1970 fand die Entwicklungshilfe breite Unterstützung. Anfänglich stellte der Bundesrat sie als notwendige und apolitische solidarische Verpflichtung dar, während sie in anderen Ländern als Kampfmassnahme gegen den Kommunismus begriffen wurde.

Gegensätze prägten die 1973 einsetzende Debatte, die der Verabschiedung des Bundesgesetzes über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe im März 1976 vorausging. Vor allem die Ölkrise von 1973, mit der sich die Stellung der Dritten Welt innerhalb der Staatenwelt eindeutig zu verlagern schien, war für die Diskussion um Entwicklungshilfe von hoher Bedeutung. Das Bundesgesetz, welches 1977 in Kraft trat, schrieb vor, dass „in erster Linie die ärmsten Entwicklungsländer, Regionen und Bevölkerungsgruppen“ unterstützt werden sollen.“ Mit dem Gesetz wurden Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe gekoppelt und der Begriff Entwicklungshilfe wurde durch Entwicklungszusammenarbeit ersetzt. Damit wurde 1977 die humanitäre Hilfe in den Dienst für technische Zusammenarbeit integriert. Die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (DEH) war entstanden.

Als 1995 auch das Büro für Zusammenarbeit mit Osteuropa (BZO) des EDA in das DEH integriert wurde, hiess das Amt neu Direktion für Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und technische Zusammenarbeit mit Zentral- und Osteuropa (DEHZO). Ein Jahr später wurde der Name vereinfacht zu Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA).<sup>23</sup>

<sup>23</sup> Historisches Lexikon der Schweiz, Bern. <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17354.php>

## 2.2.2. Beteiligte Akteure

Im Auftrag des Bundes wird die internationale Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz von zwei Bundesämtern koordiniert, der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) im Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) im Eidgenössischen Volkswirtschafts-Departement (EVD). Daneben sind jedoch noch etliche weitere Institutionen beteiligt.

### DEZA (EDA)

**Die DEZA ist zuständig für die Gesamtkoordination der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit mit anderen Bundesämtern sowie für die humanitäre Hilfe.** Sie erbringt ihre Leistungen mit rund 550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im In- und Ausland und einem Jahresbudget von über 1,3 Mia. CHF (2006). Sie arbeitet in direkten Aktionen, unterstützt Programme multilateraler Organisationen und finanziert Programme schweizerischer und internationaler Hilfswerke mit und zwar in den Bereichen bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe (inklusive Schweizerisches Korps für humanitäre Hilfe (SKH) und Zusammenarbeit mit Osteuropa. Seit 1993 steht die DEZA unter der Führung von Botschafter Walter Fust.

### Seco (EVD)

Der Leistungsbereich „Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit“ des Seco ist das Kompetenzzentrum der Bundesverwaltung für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und für die Integration der Entwicklungs- und Transitionsländer in die Weltwirtschaft. Die wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen, die Entschuldung sowie ein Teil der Zusammenarbeit mit Osteuropa und GUS sind hier angesiedelt. Der Leistungsbereich wird durch ein Mitglied der Geschäftsleitung des SECO geführt und umfasst etwa 55 Stelleneinheiten. Er verfügt über ein jährliches Budget von rund 240 Millionen Franken und trägt, gemeinsam mit der DEZA, die Verantwortung für die multilaterale Finanzhilfe.

### UVEK / EJPD / EFD / EDI / VBS

Bei den Umweltmassnahmen, der Migrationspolitik, der Landwirtschaft, der Entwicklungsforschung, der zivilen und militärischen Friedensförderung<sup>24</sup> und anderen Bereichen sind noch weitere Ämter und Departemente bis hin zur Schweizerischen Nationalbank (in Sachen Internationaler Währungsfonds) beteiligt. 2005 wurde für die genannten Bereiche fast 400 Mio. CHF umgesetzt. Alle sieben Bundesdepartemente sind somit an der Entwicklungshilfe der Schweiz beteiligt.

### Parlament

Auch die legislative Gewalt ist ein wichtiger Akteur. Das Parlament übt einerseits Einfluss durch die Gesetze, die es erlässt, und bewilligt andererseits auch die mehrjährigen Rahmenkredite für die Entwicklungshilfe und die Jahresbudgets. Ausserdem entfaltet es Eigeninitiative, welche sich in Interventionen, in Detailuntersuchungen (wie der unten erwähnten Untersuchung der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates) bis hin zu Besuchen in Partnerländern (z.B. Mosambik 2004) niederschlägt. Dass solche Parlamentarierreisen zu unnötigen Interessenbindungen führen, ist offensichtlich. Der Entwicklungshilfelobby gelingt es immer wieder Politiker mittels Reisen, Kommissionsmitarbeit oder Veranstaltungen in ihrem Sinne zu beeinflussen.

---

<sup>24</sup> Alleine der SWISSCOY im Kosovo stehen mindestens 35 Mio. CHF zur Verfügung.

### Beratende Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit

Ein solches Beispiel ist die "beratende Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit". Diese darf gemäss Verordnung über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 12. Dezember 1977 den Bundesrat, die DEZA und das Secco beraten, Ziele, Prioritäten und Gesamtkonzeption prüfen und eigene Vorschläge unterbreiten. Tatsächlich nimmt die unter anderem mit sieben Nationalräten bestückte Kommission die entscheidenden Weichenstellungen zur Verteilung von Milliardenbudgets vor. 2005 hat die Kommission den Bundesrat zu verstärktem Engagement aufgerufen – er solle den Schweizer Entwicklungsbeitrag auf mindestens 0.5 Prozent des Bruttonationaleinkommens erhöhen – und zur Suche nach neuen Geldquellen aufgefordert.

Gemäss Selbstdeklaration handelt es sich bei den Mitgliedern um rund 20 Personen "aus verschiedenen Bereichen". Zwecks "besserer Vernetzung" sei "jede Fraktion durch eine Person vertreten". Dies stimmt nicht ganz, denn die Grüne Fraktion hat die Ehre, neben dem Kommissionspräsidenten Hugo Fasel auch die Fraktionschefin Therese Frösch abzuordnen. Denselben Vorzug geniesst die CVP/EVP/glp Fraktion mit Kathrin Amacker und Walter Donzé. Von den übrigen vertretenen Parlamentariern ist ebenso wenig zu befürchten, dass sie die Entwicklungshilfe kritisch hinterfragen. Es handelt sich dabei um Brigitta Gadiant (SVP), Didier Burkhalter (FDP) und Carlo Sommaruga (SP). Es ist stossend, dass damit ausschliesslich der Regierung und Verwaltung genehme Mitglieder, welche sich selten kritisch mit der Entwicklungshilfe auseinandersetzen, ernannt wurden. **Damit hat der Bundesrat eine Alibi-Kommission von Kopfnickern eingesetzt, die seine fragwürdige Entwicklungspolitik absegnen soll.**

### Private Akteure

Neben dem Bund unterstützen auch Kantone und Gemeinden sowie zahlreiche private schweizerische Organisationen Projekte und Programme in Entwicklungsländern. Trotz steigender Prominenz der staatlichen Entwicklungshilfe bleiben die privaten Entwicklungshilfeorganisationen, vor allem Caritas und Rotes Kreuz, aber auch Médecins sans frontières und Terre des hommes, die Akteure, die von der Bevölkerung primär mit Entwicklungshilfe in Verbindung gebracht werden. Die meisten privaten Akteure sind nicht nur bekannter, insgesamt ist ihr Image auch besser als dasjenige des Bundes – vor allem wegen der ihnen zugeschriebenen Unkompliziertheit und dem Eindruck, dass die Hilfe auch wirklich die Bedürftigen erreicht.<sup>25</sup> Vor allem Entwicklungsprojekte verschiedener Schweizer Firmen, die sich vorwiegend auf Know-how-Transfer spezialisieren, sind effizienter als staatliche Hilfsbeiträge und zeigen eine langfristige Wirkung.<sup>26</sup>

### **2.2.3. Berechnung und Zusammensetzung der öffentlichen Entwicklungshilfe**

Diese Vielzahl an Akteuren lässt sich auch bei der Betrachtung der Auflistung aller Finanzströme die aus dem öffentlichen Sektor in die Entwicklungshilfe fliessen erkennen.

Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) umfasst nach Definition der OECD alle Finanzströme, die:

- aus dem öffentlichen Sektor stammen (Bund, Kantone, Gemeinden); vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Empfängerländer abzielen;

<sup>25</sup> Gfs.bern, Fairer Handel als Antwort auf eine steigende Verunsicherung gegenüber globalen Entwicklungen. Schlussbericht Studie Entwicklungspolitik 04, Bern, 29.3.2005.

<sup>26</sup> Für Beispiele siehe Kapitel 3.2.4.

- zu Vorzugskonditionen gewährt werden (Schenkungen und Darlehen zu günstigen Konditionen);
- für Entwicklungsländer und -regionen bestimmt sind (zurzeit 152) sowie für multilaterale Organisationen, die auf der OECD-Liste aufgeführt sind.

### Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2006 (in Mio. CHF):

	APD	APD	Total
	bilateral	multi-lateral	APD
<b>Bund</b>	<b>1'537.8</b>	<b>491.8</b>	<b>2'029.6</b>
<b>Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)</b>	<b>921.2</b>	<b>427.0</b>	<b>1'348.2</b>
Humanitäre Hilfe	267.3	27.7	295.0
Entwicklungszusammenarbeit	562.8	399.3	962.1
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	91.1	–	91.1
<b>Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)</b>	<b>319.2</b>	<b>6.7</b>	<b>325.9</b>
Entwicklungszusammenarbeit	136.4	6.7	143.1
Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS	60.1	–	60.1
Entschuldungsmassnahmen (Pariser Klub)	122.7	–	122.7
<b>Bundesamt für Migration (BFM)</b>	<b>179.7</b>	<b>–</b>	<b>179.7</b>
Rückkehrhilfe	13.8	–	13.8
Hilfe an Asylbewerber in der Schweiz	165.9	–	165.9
<b>Politische Abteilung IV und Direktion für Völkerrecht (EDA)</b>	<b>45.3</b>	<b>4.0</b>	<b>49.3</b>
Zivile Friedensförderung und Menschenrechte	45.3	4.0	49.3
<b>Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)</b>	<b>57.1</b>	<b>4.0</b>	<b>61.1</b>
Friedensfördernde Massnahmen und Sicherheit	41.0	4.0	45.0
Ausrüstung zu humanitären Zwecken	16.2	–	16.2
<b>Bundesamt für Umwelt (BAFU)</b>	<b>5.0</b>	<b>19.5</b>	<b>24.4</b>
Beiträge an internationale Organisationen	5.0	19.5	24.4
<b>Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF)</b>	<b>5.9</b>	<b>0.5</b>	<b>6.4</b>
davon: Stipendien an ausländische Studenten in der Schweiz	5.9	–	5.9
<b>Verschiedene Bundesämter</b>	<b>4.3</b>	<b>30.2</b>	<b>34.5</b>
<b>Kantone und Gemeinden a)</b>	<b>33.4</b>	<b>–</b>	<b>33.4</b>
<b>Total</b>	<b>1'571.2</b>	<b>491.8</b>	<b>2'063.0</b>
<b>APD in % des BNE</b>			<b>0.39%</b>

Quelle: DEZA, Jahresbericht der internationalen Zusammenarbeit 2006.

Die Aufteilung der Mittel und Zuständigkeiten auf die verschiedenen Akteure erschwert eine kohärente Entwicklungspolitik. Dass sich fast alle Departemente mit Entwicklungshilfe und Osthilfe befassen, dient innenpolitisch der Umgehung von Sparmassnahmen. Aus diesem Grund werden von den Beteiligten Doppelspurigkeiten gerne in Kauf genommen. Dabei wäre es sinnvoller die staatliche Entwicklungshil-

**fe zu vereinheitlichen und zu kürzen, während private Spenden gefördert werden sollten.**



### 3. Probleme und fragwürdige Entwicklungen in der Schweizer Entwicklungshilfe

#### 3.1. Strukturelle Probleme

##### 3.1.1. Intransparenz und mangelnde Lesbarkeit/bewusste Verschleierung

Mit dem Instrument des Rahmenkredits delegiert das Parlament einen beträchtlichen Teil seiner Budgethoheit an den Bundesrat und die Bundesverwaltung. Im Gegenzug erwartet es eine klare politische Führung und ein hohes Mass an Handlungstransparenz und Lesbarkeit. Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates, die sich 2006 mit der Kohärenz und der strategischen Führung der Aktivitäten der DEZA auseinandergesetzt hat, hält es für notwendig, dass transparenter wird, wie und nach welchen Kriterien der Bundesrat und die DEZA die Mittel einsetzen. Es ist schwierig, sich von der Verteilung der Gelder ein Bild zu machen, wenn ein grosser Teil der öffentlichen Entwicklungshilfe keinem Land, keiner Region oder keinem Programm zugeordnet wird. Damit betreibt die DEZA eine Verschleierungs-Politik, die Kontrolle der eingesetzten Gelder bewusst verunmöglicht. **2004 hat die DEZA 123 Mio. CHF für den Beizug externer Experten aufgewendet und damit mehr Mittel für solche Mandate als für ihr gesamtes Personal aufgewendet.** Dies dient unter anderem der Umgehung der Personalplafonnierung beim Bund. Dann kann es dazu kommen, dass afrikanische Berater das Gehalt eines schweizerischen Staatssekretärs erhalten.

Auch die Rolle der Nichtregierungsorganisationen als Dienstleister des Bundes sowie die Geldflüsse und Schnittstellen zwischen NGOs und der Verwaltung sind weitgehend undurchsichtig und müssen offengelegt werden.<sup>27</sup>

Zurzeit ist es schwierig, sich einen Überblick über die Projekte der DEZA und deren Auswirkungen zu verschaffen. Daher spricht sich die GPK für die Einführung eines systematischen Kontrollmechanismus aus, welcher unter anderem auch die **Wirkung** der schweizerischen Entwicklungshilfe festhalten würde.<sup>28</sup> Auch die OECD kritisiert, dass das Auswertungssystem der DEZA einen stärkeren Akzent auf die Ergebnisse und Auswirkungen der Projekte setzen sollte.<sup>29</sup>

##### 3.1.2. Mangelnde Gesamtstrategie

Die DEZA hat ein überaus komplexes System von Strategien und Richtlinien entwickelt. Die „Strategie 2010“ bildet die zentrale Strategie und ist für sämtliche Tätigkeitsbereiche gültig. Die Erarbeitung dieses Dokumentes dauerte mehr als 22 Monate (fast doppelt so lang wie ursprünglich vorgesehen) und sein effektiver Nutzen für strategische Entscheidungen wird als ungenügend betrachtet. Um einen wirklichen Beitrag an die strategische Lenkung leisten zu können, müsste sie genauere Zielsetzungen, Prioritäten und Indikatoren für die konkrete Projektwahl enthalten. Für jedes Schwerpunktland und jede Schwerpunktregion wird eine Kooperationsstrategie erstellt. Der Zeitaufwand für die Strategieerarbeitung variiert beträchtlich von einem Land zum anderen<sup>30</sup> ist jedoch in allen Fällen hoch. Die Effizienz des Erarbeitungsprozesses wird oft als gering eingeschätzt. Der Kontext in den entsprechenden Ländern könne sich sehr schnell ändern. Es sei somit nicht immer zweckmässig, mit so viel Aufwand vertiefte Analysen zu formulieren, die noch während ihrer Umsetzung an Gültigkeit verlieren. Auch der operationelle Nutzen der Kooperationsprogramme scheint beschränkt zu sein, da nur selten Indikatoren und konkrete Selektionskriterien festgelegt werden. Oft spie-

<sup>27</sup> Die GPK-S hat sich fürs Jahr 2008 eine Untersuchung dieser Problematik zum Ziel gesetzt.

<sup>28</sup> Bericht der GPK-S, Kohärenz und strategische Führung der Aktivitäten der DEZA, vom 8. 12 2006, S. 29-33.

<sup>29</sup> OECD, Suisse. Examen du Comité d'aide au développement par les pairs, 2005, 74.

<sup>30</sup> Von knapp einem Jahr für Bosnien-Herzegowina bis zu drei Jahren für Bhutan.

len die strategischen Dokumente lediglich noch eine Legitimierungsrolle. Die GPK fordert, dass die Strategien konkrete Erfordernisse hinsichtlich prioritären Themen und Sektoren sowie leistungsorientierte Zielsetzungen zu beinhalten haben.

Die GPK war verblüfft ob der Schwierigkeit, sich ein Gesamtbild der strategischen Dokumente und Richtlinien, welche die Tätigkeiten der DEZA bestimmen, zu verschaffen.<sup>31</sup> **Die DEZA zeigte sich nicht in der Lage, sei es mangels Können oder mangels Wollen, eine vollständige Liste sämtlicher Dokumente vorzulegen.** Diese Vervielfachung punktueller Strategien führt zu einem Verlust an Lesbarkeit und Transparenz. Ausserdem stellt sich die Frage nach der Verbindlichkeit der einzelnen Dokumente. Doch für die DEZA hat diese Situation ein grosser Vorteil: **Je intransparenter ihr Verwaltungsapparat ist, desto mehr Funktionen können sich gegenseitig beschäftigen.**

Diese konkurrierenden Strategien müssen abgeschafft werden. Wenn eine Politik mehrere Dienste der Bundesverwaltung betrifft, müssen diese eine gemeinsame Strategie verfolgen. Dies gilt namentlich für die Strategie 2010 der DEZA und die Strategie 2006 des Seco, die unabhängig voneinander erarbeitet wurden. Auch die GPK ist der Meinung, dass diese zwei Strategien zu Gunsten einer gemeinsamen verworfen werden müssen. Ausserdem bedarf es einer Hierarchisierung der strategischen Dokumente.<sup>32</sup>

### 3.1.3. Mangelnde Prioritätensetzung

2006 konzentrierte sich die Entwicklungshilfe der DEZA auf 17 Schwerpunktländer und 6 Sonderprogrammen. 17 Länder profitieren von der Osthilfe, während die humanitäre Hilfe auf der ganzen Welt aufgrund von Bedürfnissen geleistet wird und daher nicht auf bestimmte Länder oder Regionen beschränkt ist.

Erstaunlich ist jedoch, dass **nur 18% der Mittel des DEZA in den Schwerpunktländern zum Einsatz kommen.** Eine Analyse der nach Ländern aufgeschlüsselten Ausgaben zeigt, dass das dem Sonderprogramm Palästina 2005 zugewiesene Budget von 66 Mio. CHF über vier Jahre sämtlich Budgets für die Schwerpunktländer übersteigt. Eine kritische Revision und Konzentration der geografischen Ausrichtung der Aktivitäten der DEZA ist dringend nötig.

Die Aktivitäten der DEZA werden ausserdem nach fünf Schwerpunktthemen definiert:

- 1) Krisenprävention und Krisenbewältigung
- 2) gute Regierungsführung
- 3) Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit
- 4) Einkommensförderung und Beschäftigung
- 5) nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen

Es fällt jedoch schwer, sich ein Projekt vorzustellen, das nicht mit dem einen oder anderen der fünf Themen in Verbindung gebracht werden könnte. **De facto decken die Einsatzbereiche der DEZA das ganze Spektrum der Entwicklungshilfe ab.** Dies wirft die Frage nach der Effektivität der Strategie auf, mit der die DEZA ihre Prioritäten setzt.

Auch die GPK fordert eine klare thematische und geografische Schwerpunktbildung. Die mangelnde Fokussierung verursacht hohe Transaktionskosten und beeinträchtigt die Kohä-

---

<sup>31</sup> Im Fall von Bosnien-Herzegowina finden sich namentlich die Aussenpolitische Südeuropa-Strategie der Schweiz, ein Mittelfristkonzept Westbalkan 2004-2006 des EDA/PD IV, ein Konzept 2000-2005 für die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und der GUS, ein Regionalkonzept Balkan 2002-2005 zur Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas, ein DEZA/seco-Mittelfristprogramm für Bosnien-Herzegowina 2004-2008 sowie eine thematische Strategie für die drei Themenschwerpunkte. Welches das aktuellste und klarste Bezugsdokument ist, ist aus dieser Strategiestruktur nur schwer auszumachen.

<sup>32</sup> Bericht der GPK-S, S. 15-17.

renz und die Effektivität.<sup>33</sup> Ein DEZA-Mitarbeiter erklärt sich den Schwerepunktemangel wie folgt: „Schwerpunkte zu setzen, ist wirklich nicht Fusts Stärke. Viel lieber verteilt er Geld an alle möglichen Adressaten und hat so eine eigentliche Klientenwirtschaft aufgezogen. Das ist Teil seines Machterhalts.“<sup>34</sup> Ähnlich tönt es auch von einer anderen DEZA-Insiderin: „Er reisst immer wieder begeistert Dinge an, springt jedem Modetrend auf und verzettelt sich dabei.“<sup>35</sup>

Als Reaktion auf die Kritik der GPK hat die DEZA für das Jahr 2008 die Schwerpunktländer um drei auf 14 reduziert, dafür jedoch die Spezialprogramme um eines auf sieben erhöht. Diese Alibiaktion kann wohl kaum als klare Schwerpunktbildung bezeichnet werden.

#### 3.1.4. Doppelspurigkeiten durch zu viele Akteure

Die Aufgabenteilung zwischen DEZA und Seco erfordert einen beträchtlichen Koordinationsaufwand und zieht ein bedeutsames Spannungspotenzial nach sich. Zudem fallen ganze Aspekte der internationalen Zusammenarbeit in den Kompetenzbereich anderer Verwaltungsstellen und Dienste. In den Bereichen, in denen sowohl das Seco als auch die DEZA Verantwortung tragen, gestaltet sich die Kompetenzverteilung als sehr komplex. Lediglich sechs von 17 Tätigkeitsbereichen sind einem der beiden Ämter zugeordnet. Diese Sachlage führt auch notgedrungen zu **Doppelspurigkeiten, Überschneidungen und hohen Transaktionskosten**. Überdies bietet sie ein beträchtliches Reibungspotenzial und verschlingt beträchtliche Ressourcen. Neben der Optimierung der Koordination muss auch eine Vereinfachung der Kompetenzen und eine strategische Harmonisierung ins Auge gefasst werden.

Auch die heutige Situation der beratenden Kommission für die internationale Entwicklungshilfe ist für die GPK unbefriedigend. Deshalb fordert sie den Bundesrat auf, Rolle und Nutzen der Kommission kritisch zu prüfen und geeignete Massnahmen zu treffen.<sup>36</sup>

#### 3.1.5. Inakzeptable Politik der Departementsvorsteherin

Die Leitung und Kontrolle der DEZA wird von der Departementsvorsteherin des EDA, Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, wahrgenommen, der die DEZA direkt unterstellt ist. Die GPK stellte jedoch ein Führungsdefizit auf Stufe der Departementschefin fest und zwar sowohl in strategischer wie in systematischer Hinsicht. Die DEZA geniesst eine grosse Autonomie, die zwingend nach klarer strategischer Führung und einer erhöhten Transparenz ruft. Die GPK ist der Meinung, dass die Führung der DEZA auf einem System von **ergebnisbezogenen Zielsetzungen und Indikatoren** zu gründen habe, mit denen die Realisierung gemessen werden kann.<sup>37</sup> Sie fordert mehr strategische Führung durch den Bundesrat und die Ausenministerin.

Die Departementsvorsteherin sollte unter anderem die Kontrolle über die Aktivitäten der DEZA ausüben, indem sie die Zahlungskredite für die Projekte und Programme der DEZA im Segment zwischen 5 und 20 Mio. CHF genehmigt.<sup>38</sup> Aus dem Untersuchungsbericht geht jedoch hervor, dass **die Unterschrift der Departementsvorsteherin oftmals lediglich eine Formfrage sei und dass Direktor Walter Fust der DEZA deshalb de facto über eine finanzielle Autonomie bis zu Beträgen von 20 Mio. CHF verfügte**. Die Auswertungen zeigen, dass die Beziehungen zwischen der Vorsteherin des EDA und der DEZA von einem

<sup>33</sup> Bericht der GPK-S, S. 17-25.

<sup>34</sup> Zitiert in: Verena Vonarburg, Calmy-Reys Souffleur und Türöffner, in: Tages-Anzeiger, 10.2.2007.

<sup>35</sup> Zitiert in: Marco Morell, Schweizer Helfer in Not, SonntagsZeitung, 22.5.2005.

<sup>36</sup> Bericht der GPK-S, S. 25-28.

<sup>37</sup> Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates, Kohärenz und strategische Führung der Aktivitäten der DEZA, vom 8. 12. 2006, S. 10-11.

<sup>38</sup> Kredite bis zu 5 Mio. CHF. können vom Direktor der DEZA bewilligt werden; Kredite über 20 Mio. CHF. fallen in den Kompetenzbereich des Bundesrates.

hohen Mass an Vertrauen gekennzeichnet sind und dass die DEZA über einen relativ grossen inhaltlichen und formellen Handlungsspielraum verfügt. Gemäss GPK entbehrt diese Führung eines systematischen und strategischen Charakters. Unter anderem wurde die Strategie 2010 vom Direktor der DEZA verabschiedet, während der ehemalige Vorsteher des EDA lediglich dazu konsultiert wurde. Kein Wunder also, dass Walter Fust öffentlich als „Kaiser von Dezanien“ bezeichnet wurde, der die DEZA wie sein „kleines Königreich“ führte.<sup>39</sup> Der machtbewusste und einflussreiche Direktor galt als „Souffleur und Türöffner“ von Bundesrätin Calmy-Rey.<sup>40</sup> Diese hat in der DEZA ein wirkungsvolles Instrument zur Selbstdarstellung und persönlichen Profilierung gefunden. Diese bewusste Politik der Departementsvorsteherin, zeigt sich auch in der Verschiebung der klassischen Diplomatie zur Entwicklungshilfe-Diplomatie. Daher ist es selbstredend, dass sie keine Kritik an diesem aufgeblasenen Apparat goutiert. Als der DEZA-Direktor die GPK aufgrund ihrer Äusserungen kritisierte, wurde er von der Aussenministerin in Schutz genommen. Damit deckte sie ein Verhalten, welches der Missachtung des Parlamentsrechts gleichkommt. Dies ist eine schwere Verletzung vom Prinzip der Gewaltentrennung.

---

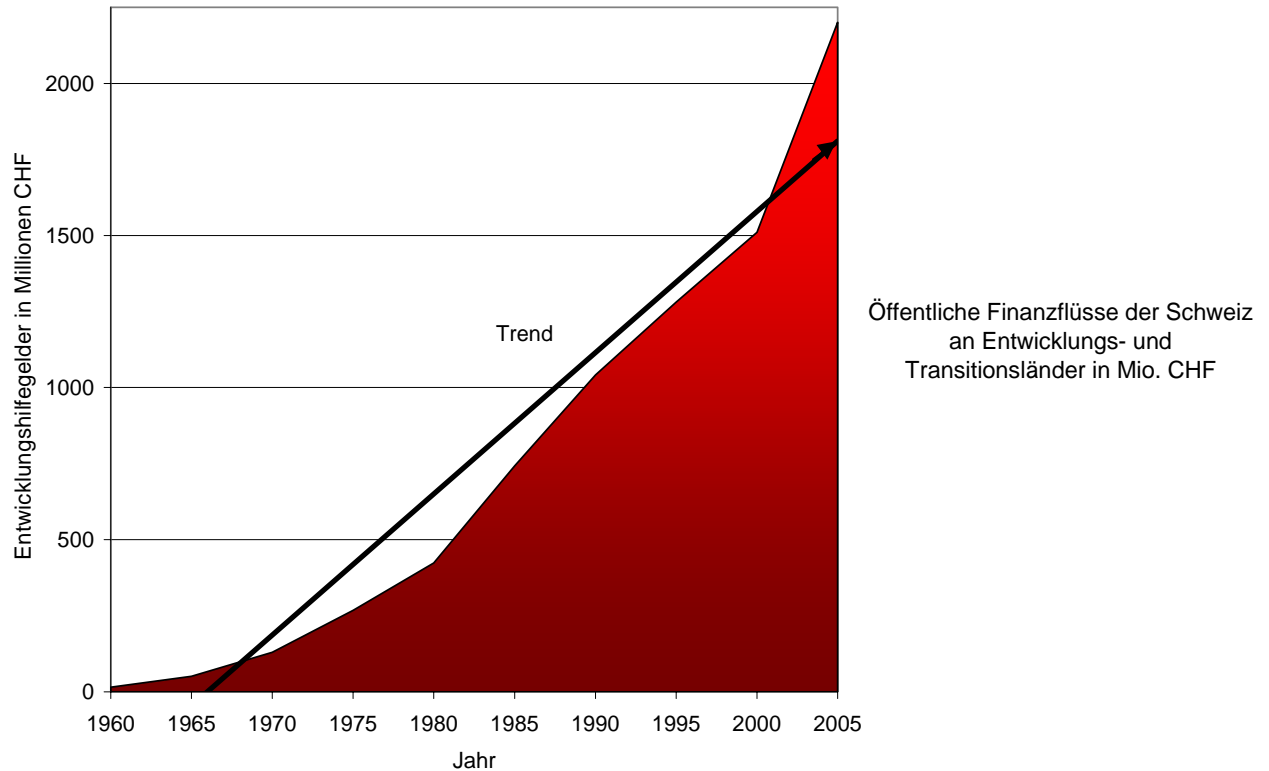
<sup>39</sup> Marc Comina, Der Kaiser von Dezanien, in: Facts, 21.7.2005.

<sup>40</sup> Verena Vonarburg, Calmy-Reys Souffleur und Türöffner, in: Tages-Anzeiger, 10.2.2007.

## 3.2. Finanzielle Überlegungen

### 3.2.1 Entwicklung der Finanzflüsse

In den 45 Jahren, in welchen die Schweiz Entwicklungshilfe leistet haben sich die finanziellen Aufwendungen enorm erhöht. Sie stehen in keiner Relation zu den Entwicklungen in der Dritten Welt.



Quelle: Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit – DEZA

	<b>Gesamtausgaben Entwicklungshilfe</b>	<b>Ausgaben pro Ein- wohner der Schweiz</b>	<b>Bruttonationaleinkommen (BNE)<sup>41</sup></b>
<b>1960</b>	15.1 Mio. CHF	< 3 CHF	0.04 %
<b>2005</b>	2'200.8 Mio. CHF	297 CHF	0.44 %

Die Mittel, welche in Entwicklungshilfe gesteckt werden, sind massiv angestiegen. Die DEZA alleine verfügt über mehr Geld, als das ganze Justiz- und Polizeidepartement.<sup>42</sup> Daher ist es überaus wichtig, dass diese Steuergelder effizient und zweckmässig eingesetzt werden.

**Wäre die DEZA kein bürokratischer Koloss, der sich in Bern mit der Koordination seiner unzähligen Strategiepapiere selbst beschäftigt, könnte man mindestens ein Drittel des Budgets einsparen.**

<sup>41</sup> Entspricht dem früheren Bruttosozialprodukt (BSP).

<sup>42</sup> Ausgaben des EJPD 2006: 1'277 Mio. CHF (DEZA 2006: 1'348 Mio. CHF).

### 3.2.2. Versickern der Gelder in der multilateralen Hilfe

Bei Grossorganisationen wie der UNO und ihren Unterorganisationen wird immer mehr konzipiert, geschrieben, gereist, evaluiert und sondiert, und das kostet viel Geld. So sorgt ein gigantisches Beamtenheer von 18'000 Personen dafür, dass der grösste Teil der UNO-Gelder für ihre Löhne und Spesen verwendet wird. Wenn diese Gelder dann nicht reichen, wird mit Spezialprogrammen wie „Öl für Lebensmittel“, welches unter anderem dazu führte, dass die Diktatur Saddam Husseins noch länger aufrecht erhalten werden konnte, noch etwas nachgeholfen. Für tatsächliche Entwicklungshilfe bleibt oft wenig übrig.<sup>43</sup>

Verglichen mit der UNO oder auch der Weltbank ist die DEZA-Bürokratie auf einem etwas bescheideneren Niveau. Von einem über die DEZA in die Entwicklungsländer geschleusten Franken bleibt einiges mehr übrig, als wenn dieser Franken zuerst an die UNO geht. Daher ist es nötig, dass sich die Schweizer Entwicklungshilfe vorwiegend auf bilaterale Projekte konzentriert und ihr multilaterales Engagement einschränkt. Doch der Bundesrat plant genau das Gegenteil. Er hat vorgesehen, den Anteil der multilateralen Entwicklungshilfe weiter zu erhöhen. Im Klartext heisst das: Die Schweiz bezahlt lieber mehr an die UNO, Weltbank und andere internationale Organisationen, wo weder Korruption noch unnötige Bürokratie genügend kontrolliert werden können, als dass sie sich selber mit der Lösung der Probleme beschäftigt<sup>44</sup>. Es ist halt schön, sich an einer grossen internationalen Konferenz in Szene setzen zu können und feierlich Hilfsbeiträge ankündigen zu können.

Von multilateralen Grossprojekten im Rahmen von UNO, Weltbank oder anderen internationalen Hilfsorganisationen sollte die Schweiz generell die Finger lassen. Erstens sind Grösse und Komplexität eng verknüpft mit **Bürokratie und Korruption**; zweitens enden erschreckend viele Grossprojekte als verrottete Infrastruktur irgendwo in der Wüste. Die SVP hat die multilaterale Hilfe immer kritisiert und ist nach wie vor der Meinung man sollte vollständig auf die multilaterale Hilfe verzichten.

**Die Schweiz sollte sich auf die Unterstützung von kleineren bilateralen Projekten konzentrieren, wofür sie schon seit Jahren geschätzt wird.**

### 3.2.3. Die Problematik der Entschuldung

Die Schweiz beteiligt sich an der internationalen Initiative zum Schuldenabbau der ärmsten Länder der Welt. Im Mai 2007 beschloss der Bundesrat, hierfür eine erste Tranche von 33 Mio. CHF aufzuwenden. Am 20. Februar 2008 bewilligte er hierfür nun nochmals 190 Mio. CHF. Daneben will sich der Bundesrat mit 882 Mio. CHF an den Wiederauffüllungen der Internationalen Entwicklungsagentur und des Afrikanischen Entwicklungsfonds beteiligen. Es ist stossend, wie der Bundesrat mal schnell an einem Mittwochmorgen die **Verschwendung einer Milliarde CHF an Steuergeldern** für umstrittene Kredite an korrupte Regimes beschliesst. Denn solche Schuldenerlasse geben völlig falsche Anreize, denn sie **bestrafen ökonomisches Verhalten** und schaffen eine Kultur der Verantwortungslosigkeit und Abhängigkeit. Uganda beispielsweise hatte vor sechs Jahren noch 3,2 Mia. Dollar Schulden, zwei Milliarden wurden dem Land erlassen. Zur Feier des Tages kaufte sich die Regierung für 35 Mio. Dollar einen Präsidentenjet. Heute hat Uganda wieder 4,9 Mia. Dollar Schulden. Botswana und Mauritius dagegen verfügen über eine vernünftige Budgetpolitik und zahlen ihre Schulden immer zurück. Mit einer solchen Entschuldungspolitik werden sie für ihr verantwortungsbewusstes Vorgehen bestraft.<sup>45</sup>

<sup>43</sup> Mathias Binswanger, Lasst uns mit den Schlimmsten rechnen, in: Weltwoche 46/05.

<sup>44</sup> Mehr zu den Betrugs- und Korruptionsfällen in der Uno: Markus Häfliger, Millionenskandal im Genfer Uno-System, in: NZZ am Sonntag, 21.1.2007. Und: Roman Elsener, Am Anfang lauter gute Vorsätze, in: NZZ am Sonntag, 21.1.2007.

<sup>45</sup> Andrew Mwenda, Hörst bitte auf uns zu helfen!, in: Aargauer Zeitung, 9. 12 .2006.

Auch economiesuisse erachtet einen vollständigen Schuldenerlass als problematisch: „Die betroffenen Länder sollten nicht einfach aus der Verantwortung für frühere wirtschaftspolitische Fehler entlassen werden. Entschuldung nützt nichts, wenn nicht gleichzeitig in den betroffenen Ländern Reformen einhergehen, die das Ingangsetzen einer neuen Verschuldungsspirale verhindern.“<sup>46</sup> So müsste die Entschuldung namentlich von der Existenz eines Systems direkter Steuern, welche auch die Reichen belasten, abhängig gemacht werden.

**Die Schweiz sollte grundsätzlich auf direkte Geldzahlungen und Schuldenerlässe verzichten. Diese setzten bisher völlig falsche Anreize und dienen meist nur dazu, den Reichen zu noch mehr Luxus und Macht zu verhelfen.**

### 3.2.4. Verlagerung auf private Hilfe

Die private schweizerische Hilfe an die Entwicklungsländer hat eine lange Tradition. Sie spielte eine Vorreiterrolle, lange bevor der Bund ab den frühen 1960er Jahren die Entwicklungshilfe als staatliche Tätigkeit aufnahm. Heute verzeichnet die Statistik über die private schweizerische Hilfe an die Entwicklungsländer mehr als 200 Hilfswerke, die in Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern engagiert sind. Diese, oft kleineren, schweizerischen Hilfswerke unterstützen meist – unabhängig von den lokalen Regierungen – bilaterale Projekte von örtlichen Organisationen. In diesen Fällen erreichen die Gelder ihr Ziel direkt und mit grosser Effizienz. Dieser Hilfswerke stützen sich auf die grosszügigen Spenden der Schweizer Bürger.

Besondere Erwähnung verdient die Max Havelaar-Stiftung für fairen Handel, die 1992 von mehreren Hilfswerken gegründet wurde. Nach einer Starthilfe seitens des Seco ist die Stiftung seit 2001 nicht mehr auf staatliche Mittel angewiesen, sondern kann sich durch Lizenzgebühren selbst finanzieren und gar beeindruckende Gewinne erzielen. Dieses Geld fliesst in einen Fonds, aus dem weitere Projekte finanziert werden. 82% der Schweizer Bevölkerung kennen das Max Havelaar-Gütesiegel. Jedes achte Fair Trade-Produkt weltweit wird in der Schweiz verkauft.<sup>47</sup> Dieses Beispiel zeigt, dass individuelle, auf den Regeln der freien Marktwirtschaft basierende Projekte viel wirkungsvoller sind, als all die Gleichschaltungsprogramme, die von der DEZA propagiert und finanziert werden und deren Wirkung praktisch nicht nachgewiesen werden kann.

Die Initiativen aus der Privatwirtschaft im Bericht Entwicklungshilfe sind wirkungsvoll und zahlreich: Firmenstiftungen wie die Novartis Stiftung für Nachhaltige Entwicklung, die Avina-Stiftung von Stephan Schmidheiny, die Gründung von responsAbility als Investitionsvehikel im Bereich der Mikrofinanz oder die Investitionen und Projekte des Flughafens Unique in Chile, Venezuela und Indien sind äusserst effizient.

**Solche erfolgreiche private Projekte und Initiativen sollten im Gegensatz zu den unzähligen umstrittenen Projekten der DEZA begünstigt und gefördert werden.**

<sup>46</sup> Economiesuisse, Entwicklungshilfe und neue Finanzierungsquellen: Risiko und Finanzierung im Entwicklungsprozess, Dossierpolitik 24/2, 20. Juni 2005.

<sup>47</sup> VIVA-Studie 2007, Coop Marktforschung, Februar 2007.

### 3.3. Beispiele schlechter oder umstrittener staatlicher Projekte

Es ist oft schwer nachzuvollziehen, wie und wo die Schweizer Entwicklungshilfe ihre Gelder verteilt. Anscheinend hat die Korruption in einem Empfängerland keinen Einfluss auf die Höhe der Schweizer Hilfe. Länder mit elementaren Menschenrechtsverletzungen erhielten in der jüngeren Vergangenheit sogar überproportional hohe Entwicklungshilfeszahlungen von der Schweiz.<sup>48</sup>

Einige Beispiele für Schweizer Hilfsprojekte, die sowohl innerhalb der Schweiz als auch auf internationaler Ebene zu Unverständnis oder Kopfschütteln führen:

**Palästina** rangiert mit 37.5 Mio. CHF<sup>49</sup> im Jahr 2006 auf Rang 1 der Hauptempfängerländer der Schweizer Entwicklungshilfe, obwohl es nicht einmal ein DEZA-Schwerpunktland ist. Diese Hilfsgelder sind offensichtlich politisch motiviert und mit der Schweizer Neutralitätspolitik unvereinbar, denn es stellt eine neutralitätszerstörende Parteinahme dar.

**Zentralasien** ist ein Beispiel dafür, wie Entwicklungshilfe für höhere politische Interessen missbraucht werden kann. Dank der Zusicherung von Hilfe schlossen sich die zentralasiatischen Staaten in den Bretton-Woods-Institutionen der Stimmrechtsgruppe der Schweiz an und verhalten ihr damit zu einem Sitz im Exekutivorgan. Daher unterstützt die Schweiz Länder wie Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Aserbeidschan oder Kirgisistan, die für Spötter auch unter dem Namen „Helvetistan“ laufen. Dass diese Republiken zu den korruptesten Ländern der Welt gehören, scheint für die DEZA zweitrangig.<sup>50</sup>

**Russland** hat dank Erdöl-, Erdgas- und anderen Exporten seine Währungsreserven in den letzten Jahren massiv aufgehäuft und zählt damit heute zu den wirtschaftlich potentesten Ländern. Dennoch finanziert die Schweiz diesem reichen Land immer noch einen Teil der Chemiewaffenabrüstung. Ein Land, das als Atommacht in der UNO ein Vetorecht besitzt und mit Lieferboykotten und ähnlichem den Westen mehr und mehr zu dominieren versucht, sollte selbst in der Lage sein, den Preis der Bewältigung seiner Vergangenheit zu bezahlen. Statt Geld nach Russland zu schicken, sollte sich unsere Aussenministerin endlich um die Begleichung der von Schweizern in der ehemaligen Sowjetunion erlittenen so genannten Revolutionsschäden kümmern.

**Angola** kassiert auch heute noch trotz seinen Milliarden einbringenden Ölvorkommen grosszügig bemessene Entwicklungshilfe. Die DEZA unterstütze das Land 2006 mit 4.4 Mio CHF.

**Indien**, die boomende Wirtschafts- und Nuklearmacht, wird von der Schweiz mit 25.1 Mio. CHF unterstützt. Neben der DEZA, die seit 1961 in Indien aktiv ist, sind auch das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) sowie rund 60 schweizerische Nichtregierungsorganisationen in Indien tätig. Ein Land, welches über genügend Geld für den Test von atombombenbestückten Mittelstreckenraketen mit Reichweiten bis nach Shanghai oder Peking verfügt, kann sicherlich auch genügend Mittel aufbringen für die Ärmsten seines Landes. Aber warum soll die indische Regierung auf die Aufrüstung verzichten, denn Länder wie die Schweiz kümmern sich schon um die notleidende Bevölkerung.

**Kulturförderung:** Unter dem Vorwand, die „Kultur ihrer Partnerländer als Teil des Entwicklungsprozesses zu fördern und den Süd-Nord-Kulturaustausch in der Schweiz sicherzustellen“, inszeniert die DEZA teure PR in eigener Sache. So finanzierte sie 2004 mit zwei Mio.

<sup>48</sup> Roland Hodler/Stephan Ryser, Menschenrechtsverletzungen werden in der Entwicklungshilfe „be-lohnt“, in: NZZ, 21.2.2007. Die Informationen basieren auf der Studie von Stephan Ryser, Determinanten der Allokation der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit, Universität Bern, 2006.

<sup>49</sup> Dies ergibt sich aus den 25 Mio. CHF bilaterale Hilfe und 12,5 Mio. CHF an das Uno-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). Nachzulesen im Jahresbericht der DEZA 2006.

<sup>50</sup> Alani Zucker, Alles in Not, in: Weltwoche 09/05.



CHF die Fotoausstellung „Geschichte von der Globalisierung“. Von zehn Aufträgen gingen acht an hoch bezahlte Profis im Westen, nur zwei an solche in Entwicklungsländern.<sup>51</sup>

**Das umstrittene Afrikaengagement der Schweiz kann am Beispiel der im Juli 2007 von Aussenministerin Calmy-Rey besuchten Staaten gut erläutert werden<sup>52</sup>:**

**Kongo:** Nach einem Treffen mit Staatschef Joseph Kabila versprach Frau Calmy-Rey die Rückerstattung der blockierten rund 8 Mio. CHF des ehemaligen kongolesischen Diktators Mobutu. Anschliessend drückte Kabila laut BBC-Bericht seine Enttäuschung darüber aus, dass die Schweiz nicht den von ihm erwarteten Betrag von mehr als 1,2 Mia. CHF zurückzahlen werden, die laut Gerüchten über die sagenhaften Reichtümer von Mobutu in die Schweiz geschafft worden seien. Die 8 Mio. CHF Mobutu-Gelder will die Schweiz schon seit langem loswerden. Das Problem dabei ist nur, dass dafür ein Minimum an kongolesischer Eigeninitiative nötig wäre. Kinshasa hat vor Jahren zwar ein Rechtshilfegesuch gestellt, doch war man nie in der Lage oder willens nachzuweisen, dass ein Strafverfahren gegen Mobutu eingeleitet worden wäre. Pikanterweise sitzt einer von Mobutus Söhnen heute als Landwirtschaftsminister in Kabilas Regierung.

**Senegal:** Lobende Worte fand die Aussenministerin für die stabilisierende Rolle, die Senegal in Westafrika spielt. Die Schweiz offerierte dem Land auch Hilfe beim geplanten Prozess gegen den in Senegal lebenden früheren tschadischen Diktator Hissène Habré. Keine Erwähnung fand das Vorhaben des senegalesischen Präsidenten Wade, für umgerechnet rund 36 Mia. CHF eine neue Hauptstadt bauen zu lassen.

In **Tschad** schüttelte Calmy-Rey Hände, an denen Blut klebt. Jene des Diktators Idriss Déby, der sein Land seit 17 Jahren schonungslos ausplündert. Die Schweizer Entwicklungshilfe lässt im Jahr 2007 insgesamt 14,5 Mio. CHF nach Tschad fliessen, dessen Regierung laut einheimischen Presseberichten 2007 einen Einnahmeüberschuss von 760 Mio. CHF zu erwarten hat, der vor allem auf die hohen Steuerzahlungen der ausländischen Erdölkonzerne zurückzuführen ist. Der Schweizer Entwicklungshilfebeitrag entlastet angesichts dieses Haushaltsüberschusses die tschadische Regierung von der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben und fördert damit die ohnehin beträchtliche Korruption.

In der Halbwüste konnte sich Calmy-Rey auch ein Bild vom Wirken der DEZA im Strassenbau machen. Diese Strassen kommen aber leider nicht nur den Zivilisten und der Versorgung der Flüchtlinge zugute, sondern auch der Armee und den verschiedenen Rebellentruppen aus Tschad und Darfur, die darauf Truppen und Nachschub verschieben.. Weder die lokale Bevölkerung noch die Behörden schützen überdies die Arbeit der DEZA vor der Erosion. Niemand scheint Lust und Zeit für den Strassenunterhalt zu haben. Lieber warten die Behörden, bis die Schweizer eine neue Tranche für die Reparatur lockermachen.

**Ghana:** 2006 griff das Seco dem ghanaischen Staat mit einer Budgethilfe von 8,1 Mio. CHF unter die Arme. Kurz vor dem Besuch der Schweizer Aussenministerin wurde in Ghana Erdöl entdeckt, das einen geschätzten Marktwert von rund 50 Mio. CHF hat. Allerdings wird es noch bis zu sieben Jahre dauern, bis das schwarze Gold gefördert werden kann – genügend Zeit also für weitere Budgethilfen aus der Schweiz.

In **Ruanda** besuchte die Bundesrätin unter anderem eine Gedenkstätte für den Völkermord von 1994, dem schätzungsweise 800 000 Menschen zum Opfer fielen. Die unrühmliche Rolle der DEZA im Vorfeld des ruandischen Genozids ist offenbar bereits vergessen. So bezahlte sie unter anderem bis 1993 einen einflussreichen Berater des damaligen ruandischen Präsidenten, unter dessen Herrschaft der Völkermord vorbereitet wurde.

<sup>51</sup> Fokus Entwicklungshilfe, SonntagsZeitung, 22.5.2005.

<sup>52</sup> Mehr dazu: Calmy-Reys Marathon durch Afrika, in: NZZOnline, 19.7.2007.

**Die Probleme der Schweizer Entwicklungshilfe auf struktureller und auf finanzieller Ebene sind gravierend. Es ist dringend Zeit für eine radikale Reform der Schweizer Entwicklungshilfe und der dafür zuständigen Ämter.**

**Darüber hinaus ist ein weltweites Umdenken zwingend nötig, bevor der Schaden, den die Entwicklungshilfe in vielen Ländern verursacht hat, noch grösser wird. Es muss auch auf internationaler Ebene schonungslos aufgezeigt werden in welchem Schlamassel die Entwicklungshilfe steckt. Hier könnte die Schweiz eine wichtige Vorreiterrolle übernehmen und sich endlich auch in der Entwicklungspolitik für Rezepte stark machen, die bei uns erfolgreich waren:**

**Freiheit, Unabhängigkeit, Wettbewerb und Eigenverantwortung.**

## 4. Die Forderungen der SVP

Oben genannte Tatsachen im Bereich Entwicklungshilfe sind nicht weiter haltbar. Schweizer Steuergelder dürfen auf keinen Fall weiterhin dazu aufgewendet werden, korrupte oder diktatorische Regimes an der Macht zu halten oder wirtschaftliche Bemühungen einzelner Entwicklungsländer abzustrafen. Auch die heutigen organisatorischen Zustände in der staatlichen Entwicklungshilfe sind äusserst unbefriedigend. Aus diesem Grunde fordert die SVP:

### 4.1. Einheitliche Strategie der staatlichen Entwicklungshilfe

Betrachtet man die staatliche Entwicklungshilfe der Schweiz, so wird schnell klar, dass es an einheitlicher Koordination und Gesamtstrategie fehlt. Neben der DEZA basteln auch das Seco, das BAFU und viele weitere Bundesämter eifrig mit. Diese Situation ist äusserst unbefriedigend. Auch der Sinn der beratenden Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit, welche äusserst einseitig besetzt ist, bleibt schleierhaft. Aus diesen Gründen stellt die SVP folgende Forderungen an den Bundesrat:

- ◆ **Festlegung einer Gesamtstrategie, mit Verantwortlichkeiten und Zielsetzungen der Entwicklungshilfe und der humanitären Hilfe durch den Bundesrat**
- ◆ **Jährliche Überprüfung der Zielerreichung durch das Parlament aufgrund eines entsprechenden Berichtes**
- ◆ **Abschaffung der „beratenden“ Kommission für internationale Entwicklungshilfe<sup>53</sup>**

### 4.2. Entwicklungshilfe muss an Schweizer Interessen gebunden werden

In den letzten 50 Jahren Entwicklungszeitalter konnte weder die Effektivität noch der Nutzen von Entwicklungshilfe konkret aufgezeigt werden. Oft erwies sie sich sogar als gravierend kontraproduktiv. Möchte man dennoch an Entwicklungshilfeleistungen festhalten, so müssen diese fortan an Schweizer Interessen gebunden werden. Daher fordert die SVP, dass Entwicklungshilfe zukünftig einen Beitrag leisten soll, um folgende Ziele zu erreichen:

- ◆ **Unerwünschte Einwanderung in die Schweiz verhindern**
- ◆ **Rückübernahmeabkommen ermöglichen**

<sup>53</sup> Die SVP fordert in einer Motion, dass die beratende Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit, welche einseitig besetzt ist, ersatzlos abgeschafft wird. Speziell DEZA-Mitarbeiter und Parlamentarier gehören nicht in eine solche Kommission. Für beratende Geschäfte im Bereich Entwicklungshilfe sind die Aussenpolitischen Kommissionen von National- und Ständerat zuständig. Motion von NR Christoph Mörgeli, SVP: 07.3057 Abschaffung der Kommission für internationale Zusammenarbeit.

### 4.3. Punktuelle humanitäre Hilfeleistungen

Die Schweiz ist als Depositärstaat des IKRK weltweit bekannt für ihre humanitären Dienste und ihr Katastrophenkorps. Auf diese Stärke müssen wir uns konzentrieren. Doch auch bei der humanitären Hilfe muss die Schweiz vermehrt Prioritäten setzen. Neben Katastrophenfällen, bei denen temporäre Hilfe selbstverständlich und unbestritten ist, muss auch im humanitären Bereich eine Konzentration stattfinden. Daher fordert die SVP:

- ◆ **Konzentration der Einsatzgebiete der humanitären Hilfe**
- ◆ **Bessere Kontrolle der Katastrophenhilfe**

### 4.4. Transparenz über Leistungen der DEZA

Die DEZA verfügt mit ihrem Budget von mehr als 1,3 Mia. CHF pro Jahr über annähernd gleichviel wie andere Departemente für sämtliche Aufgaben zur Verfügung haben. Aus diesem Grund ist es für den Bürger unabdingbar, dass er Auskunft darüber erhält, wie die Steuergelder eingesetzt werden. Im Sinne einer effizienten und glaubwürdigen Entwicklungshilfe ist umgehend vollständige Transparenz gegenüber den Schweizer Bürgern herzustellen. Deshalb fordert die SVP vom Bundesrat:

- ◆ **Aufbau einer neutralen Erfolgskontrolle und Wirkungsmessung**
- ◆ **Vollumfängliche Transparenz über Mittelflüsse<sup>54</sup>**
- ◆ **Transparenz über alle Projekte**

### 4.5. Transparenz über Interessenbindungen

Nun allzu oft lassen sich Parlamentarier oder Medienschaffende von der Entwicklungshilfe-lobby für ihre Ziele einspannen. Mittels Aufträge und Reisen lassen sich viele Politiker oder Journalisten für umstrittene Projekte gewinnen. Hier muss endlich transparent informiert werden. Die SVP fordert daher die Offenlegung folgender Informationen:

- ◆ **Liste der Parlamentarier, welche direkt oder indirekt von Aufträgen der Entwicklungshilfe profitieren oder in entsprechenden Organisationen Mandate haben**

---

<sup>54</sup> Laut Antwort des Bundesrates auf die Anfrage von NR Felix Müri (06.5088 Transparenz über Mittelverwendung der DEZA) bleiben 60% der Gelder, die für bilaterale Hilfe aufgewendet werden, in der Schweiz. Es ist allerhöchste Zeit, dass endlich umfassend über die Verwendung dieser und anderer Mittel informiert wird.

- ◆ **Liste der Parlamentarier und Medienvertreter, welche an Reisen der DEZA oder der Hilfswerke teilnehmen**
- ◆ **Liste der ehemaligen und (vorzeitig) pensionierten Angehörigen des Parlaments und der Verwaltung, die für die DEZA Beratermandate ausüben.**

#### **4.6. Verlagerung auf private Hilfe und faire Handelsbeziehungen**

Die private Spendenbereitschaft der Schweizer Bevölkerung und Wirtschaft ist speziell nach grossen Katastrophen hoch. Statt sinnlose staatliche Finanzbeiträge an korrupte Regimes zu zahlen, sollten private Spenden und Projekte aus der Wirtschaft mittels Steuererleichterungen gefördert werden. Private Projekte, Mikrokredite, Handelserleichterungen, Schaffung von guten Rahmenbedingungen für Firmengründungen oder professionelle Unterstützung für Systemwechsel sind in der Regel viel effizienter als staatliche finanzierte Projekte und Geldzahlungen, die schlussendlich nur die Abhängigkeit der Entwicklungsländer verstärken. Daher stellt die SVP folgende Forderungen auf:

- ◆ **Weniger staatliche Projekte, mehr Unterstützung für Projekte aus der Wirtschaft und von privaten Hilfswerken mit örtlichen, uneigennützlichen Partnern**
- ◆ **Mehr Steuererleichterungen für private Spenden (z.B. Abzugsfähigkeit bis 40% des Reineinkommens)**
- ◆ **Know-how- statt Geld-Transfer**
- ◆ **Hilfe nach dem Grundsatz: Mehr Freiheit und Eigenverantwortung, weniger Abhängigkeit**

#### **4.7. Verzicht auf staatliche Projektarbeit**

Der Verzicht auf staatlich durchgeführte Projekte würde zu verschiedenen Verbesserungen führen: Die Konkurrenzsituation würde die Projekte verbilligen, ihre Qualität erhöhen und es würden klare vertragliche Verhältnisse zwischen Auftraggeber und Ausführenden geschaffen. Die Hilfswerke könnten ihre Fachkompetenz in den Dienst des staatlichen Auftraggebers stellen ohne Gefahr zu laufen, für politische Zwecke missbraucht zu werden. Konkret fordert die SVP:

- ◆ **Projekte sollen in ordentlichen Verfahren ausgeschrieben und von der DEZA koordiniert werden**

#### **4.8. Verlagerung auf Rückkehrhilfe**

Das seit zehn Jahren praktizierte Konzept der Rückkehrhilfe hat sich als humanitäre und gleichzeitig kostengünstige Lösung bewährt und durchgesetzt. Ziel der Rückkehrhilfe ist es, die Interessen der Migranten sowie der Schweiz und der Herkunftsländer zu verbinden. Der wirtschaftliche Existenzaufbau eines Rückkehrers hilft seinem ganzen Umfeld und stellt damit eine konkrete und effiziente Form der Entwicklungshilfe dar, welche auch der Schweiz zu Gute kommt. Daher fordert die SVP:

- ◆ **Weniger Entwicklungshilfe vor Ort, mehr Rückkehrhilfe für Personen aus dem Asylbereich**

#### **4.9. Keine überflüssige multilaterale Entwicklungshilfe mehr**

Multilaterale Grossprojekte im Rahmen von UNO, Weltbank oder anderen internationalen Hilfsorganisationen sind aufgrund ihrer Grösse und Komplexität eng verknüpft mit Bürokratie und Korruption. Daher sollte sich Schweiz auf die Unterstützung von kleineren bilateralen Projekten konzentrieren. Das heisst konkret:

- ◆ **Keine über die Pflichtbeiträge hinausgehende Schweizer Unterstützung von multilateralen Grossprojekten im Rahmen internationaler Organisationen**
- ◆ **Aufgrund der Pflichtbeiträge soll die Schweiz in den internationalen Organisationen ein weiteres Umdenken in Sachen Entwicklungshilfe fördern**
- ◆ **Keine neuen internationalen Verpflichtungen eingehen, bisherige auslaufende Verpflichtungen nicht erneuern**

#### **4.10. Keine korruptionsfördernde Geldzahlungen mehr**

Finanzleistungen wie allgemeine Budgethilfen oder Entschuldungsaktionen setzen in der Regel falsche Anreize indem sie jene bestraft, die für sich selber sorgen, und helfen korrupten Regierungen ihre Macht zu festigen indem sie diese mit genügend Mittel versorgen. Daher haben Geldzahlungen und Entschuldung nichts mit Entwicklungshilfe zu tun, sondern dienen heute meist dazu Fehler schlechter Regierungen und falsch geleiteten Entwicklungshilfeprojekten zu vertuschen. Darum fordert die SVP:

- ◆ **Keine direkten Geldleistungen und allgemeine Budgethilfen mehr**
- ◆ **Keine neuen Entschuldungsbeiträge**